

**S t e l l u n g n a h m e**  
**des**  
**Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe**  
**vom 17. März 1999 (9. Sitzung)**  
**zu**

**Antrag der Abgeordneten Erika Reinhardt, Dr. Norbert Blüm, Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Christian Ruck, Marlies Pretzlaff, Dr. Manfred Lischewski, Rudolf Kraus, Hermann Gröhe, Norbert Geis, Dr. Heiner Geißler, Monika Brudlewski, Dr. Christian Schwarz-Schilling und der Fraktion der CDU/CSU**

**Gegen den Mißbrauch von Kindern als Soldaten**  
**- Drucksache 14/310-**

Der Ausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe empfiehlt dem federführenden Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Beschlußempfehlung an das Plenum auf der Grundlage des Antrages der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 14/310) unter Hinzufügung der von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Punkte a) bis d).

- a) Die Rekrutierung von Kindersoldaten kennt keine Geschlechtergrenzen. In zahlreichen Rebellengrupen sind Mädchen fester Bestandteil, die häufig Opfer sexuellen Mißbrauchs und sexueller Ausbeutung werden. Es gilt daher, bei allen Maßnahmen die Situation von Mädchen als Kindersoldatinnen besonders zu berücksichtigen.
- b) Bei der 87. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1999 soll ein neues Übereinkommen über das Verbot und die unverzügliche Abschaffung der "schlimmsten Formen der Kinderarbeit" verabschiedet werden. Es sollte darauf hingearbeitet werden, daß der Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten in die Bestimmungen über die "schlimmsten Formen der Kinderarbeit" miteinbezogen wird.
- c) Die verstärkte Verwendung veränderter Waffentechnologien begünstigt den Einsatz von immer jüngeren Soldaten: Kleinwaffen, Granaten sowie Land- und Anti-Personenminen sind leicht zu transportieren und einfach zu bedienen. Die im Dezember 1998 beschlossene Gemeinsame Aktion der EU zur Bekämpfung der exzessiven und unkontrollierten Ansammlung und Proliferation von Kleinwaffen sollte durch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.
- d) Die Bundesregierung sollte aufgefordert werden, sich international aktiv für die  
Heraufsetzung der Altersgrenze auf 18 Jahre einzusetzen und bei der Bundeswehr sowie dem Bundesgrenzschutz auf die Heranziehung unter 18jähriger zum Dienst an der Waffe zu verzichten.

(Claudia Roth)  
Vorsitzende